

Stadtratssitzung vom 22. September 2021



„In Chemnitz soll einer von vier neuen Standorten für das geplante **Nationale Wasserstoffzentrum** entstehen. Die Freude ist groß, wenn auch angesichts gewisser Umstände sehr getrübt. Als Favorit in der Endauswahl wurden die Bewerberstandorte kurz vor knapp vertröstet und die angekündigte Pressekonferenz verschoben. Was war passiert? Eine bayerische Intervention. Für Chemnitz und die überzeugende Bewerbung ging es daher nicht so erfolgreich aus wie gehofft, auch wenn der Verkehrsminister wohl nicht ganz an Chemnitz vorbeikam und wir zumindest einen Teil der Förderung abbekommen. Den Löwenanteil erhielt – wie Sie alle wissen – der bayerische Standort, das Heimatland des Bundesverkehrsministers. Damit gibt die Bundespolitik Wasser auf die Mühlen derjenigen, die das Verkommen der Politik zum Selbstbedienungsladen kritisieren und Vertrauen verlieren, das wir dann hier ganz konkret vor Ort durch unsere Arbeit kaum wiederherstellen können.“ kritisiert unsere Fraktionsvorsitzende Susanne Schaper in ihrer Fraktionserklärung.

Da im Jahr 2020, geprägt von der Corona-Pandemie und den damit verbundenen staatlichen Allgemeinverfügungen und Lockdowns in mehreren Wellen, bei den beiden städtischen Unternehmen Eissport und Freizeit GmbH Chemnitz und C³ Chemnitzer Veranstaltungszentren GmbH der Geschäftsbetrieb nahezu zum Erliegen kam, beschloss der Stadtrat zur finanziellen Stärkung beider Unternehmen, auf Rückforderungen aus **überzahltem Zuschuss** des Jahres 2020 zu verzichten.



Weiterhin stimmte der Stadtrat mehrheitlich den Vorschlägen der Verwaltung zu **zwei verkaufsoffenen Sonntagen** in der Innenstadt im Zusammenhang mit dem Weihnachtsmarkt am 28. November und 12. Dezember zu. Ein darüberhinausgehender Antrag einer Fraktion, auch für weitere Veranstaltungen in einigen Chemnitzer Stadtteilen verkaufsoffene Sonntage zu genehmigen, wurde mehrheitlich angenommen.

Einer unerwartet hohen finanziellen Belastung für die **Sozialumlage 2021**, die an den Kommunalen Sozialverband Sachsen zu leisten ist, stimmte der Stadtrat ebenfalls zu. Die Mehrkosten von knapp 480 TEUR resultieren vor allem aus der 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes, welche zum 01.01.2020 in Kraft getreten ist und von der alle sächsischen Städte und Gemeinden betroffen sind.



Mit sehr großer Mehrheit beschloss der Stadtrat den **Kapazitätsausbau der Grundschule Adelsberg** sowie den **Datennetzausbau am André-Gymnasium**. Durch einen Anbau und die Neugestaltung der Freiflächen soll die Grundschule Adelsberg so ausgebaut werden, dass jährlich zwei neue Klassen 1 aufgenommen werden können und ausreichend Fach- und Horrräume zur Verfügung stehen.

In der Diskussion zu einem Beschlussantrag der AfD-Fraktion stellte unser Fraktionsmitglied Hans-Joachim Siegel klar, dass in den **Bürgerplattformen** lebendig und konstruktiv durch die Bürgerinnen und Bürger gearbeitet wird: „Es war klar, dass nicht von Anfang an alles läuft, eine erfolgreiche Arbeit Zeit und Erfahrungen braucht. In den laufenden Prozess sollte nicht wieder eingegriffen werden, insbesondere wird aktuell eine Förderrichtlinie unter Einbeziehung der Bürgerplattformen erarbeitet.“ Der Antrag der AfD wurde abgelehnt, da die heraufbeschworene Ungleichbehandlung der Bürgerplattformen unsererseits nicht gesehen wird und wir die aktuellen Prozesse der Verwaltung zur weiteren Verstetigung der Bürgerplattformen unterstützen.

Durch Zustimmung zu einem Änderungsantrag des Ortschaftsrates Röhrsdorf, den wortgleich alle Ortschaftsräte eingereicht haben, wurde beschlossen, dass eine **Bilanz über die realisierten Projekte seit der Eingemeindung** erarbeitet und Vorschläge unterbreitet werden, welche Projekte in den folgenden Jahren in die Haushaltplanung aufgenommen werden sollen. Ziel ist eine noch transparentere und möglichst unbürokratische Beteiligung der Ortschaften.



Gemeinsam mit weiteren Fraktionen schlug unsere Fraktionsgemeinschaft dem Stadtrat vor, dass die Verwaltung regelmäßig den Stadtrat:innen in allen Ausschüssen über den jeweils aktuellen **Umsetzungsstand der beschlossenen Änderungsanträge der Fraktionen zu den Haushaltsbeschlüssen** berichtet. In den Vorjahren mussten die Fraktionen die Umsetzung dieser Anträge durch einzelne Ratsanfragen in Erfahrung bringen. Eine regelmäßige Berichterstattung ist jedoch nötig, um Problemen oder Störfaktoren gemeinsam rechtzeitig begegnen zu können. Zukünftig soll dies nun ohne extra Antragstellung durch die Verwaltung erfolgen. Bei einer Anzahl von 31 Anträgen für 2021 und (meist gleichlautenden) 29 Anträgen für 2022 ist dies aktuell sicherlich keine große Herausforderung für die Stadtverwaltung. Der Stadtrat stimmte dem Antrag mehrheitlich zu.



Die **Nutzung von E-Scootern** auf Chemnitzer Straßen hat – vor allem hinsichtlich der Abstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum sowie der Bediengebiere zu Diskussionen geführt. Achtlos abgestellte oder umgeworfene Roller führten vermehrt zur Forderung nach strengeren Regeln. Daher stimmte unsere Fraktion einem Beschlussantrag zu, der eine Konzept-

tion bzw. Diskussion zur aktuellen Situation fordert, die Nutzungsmöglichkeiten verbessern und für alle Nutzer:innen des öffentlichen Straßenraumes die Situation erleichtern soll.



Die **Renaturierung des Pleißenbaches** im Rahmen der Kulturhauptstadt 2025 ist auch für unsere Fraktion eine wichtige Entscheidung. Da es aber nicht vermittelbar ist, dass hierfür ein enormer Eingriff in den bestehenden Baumbestand notwendig wäre, wollte unsere Fraktion mit einem Beschlussantrag eine unabhängige Überprüfung der Planung fordern. Nach intensiver Diskussion wurde unser Antrag abgelehnt. Unsere Fraktion hat sich in einer Presseerklärung hierzu geäußert und erklärt, dass wir den weiteren Prozess kritisch begleiten werden. Nach Beendigung der Auslegung wird durch die Verwaltung der Abwägungs- und Satzungsbeschlusses (ASB) erarbeitet werden. Wir werden alle Abwägungen zu den Einwendungen der Chemnitzerinnen und Chemnitzer sowie der Träger öffentlicher Belange genau mit externem Sachverstand prüfen und ggf. Änderungsanträge einbringen, um den für uns nach wie vor unverhältnismäßigen Eingriff in die bestehende Natur, speziell den Baumbestand, zu reduzieren.

Stadtratssitzung vom 13. Oktober 2021



Dass Städtepartnerschaften mehr sind, als eine Unterschrift auf dem Papier, bewies der Besuch der französischen Delegation aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft zwischen Chemnitz und Mulhouse. Als Höhepunkt durfte sich die Bürgermeisterin Michèle Lutz im Rahmen der Stadtratssitzung in das Goldene Buch der Stadt Chemnitz eintragen.



In ihrer **Fraktionserklärung** kritisierte Susanne Schaper, dass angesichts der aktuellen Inflation von 4,1 % eine Erhöhung des Hartz IV-Regelgesetzes um 3 Euro ab dem nächsten Jahr nahezu lächerlich ist. „Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie können dadurch in keiner Weise aufgefangen werden. Die Ärmsten der Gesellschaft werden weiter abgekoppelt, die Schere wird immer größer. Einen ganz kleinen Beitrag können wir auch als Chemnitzer Stadtrat dazu leisten: Lassen Sie uns die Unterkunfts- und Heizungskostenrichtlinie, die erst im nächsten Jahr gemäß ihrem Rhythmus im Sommer wieder

neu beschlossen werden muss, hinsichtlich der Aufwendungen für Heizung anpassen und das zeitnah!“

Die zur Diskussion stehenden Beschlussvorlagen zur **Abfall- und Abfallgebührensatzung** wurden vertragen, da diese zunächst in den Ortschaftsräten vorberaten werden sollen. Auch die „Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Winterdienst“ wurde von der Tagesordnung genommen und in den Verwaltungs- und Finanzausschuss verwiesen.

Die Vorlagen der Verwaltung zur Neufassung der **Gebühren für die Nutzung von Marktflächen** wurde durch den Stadtrat mehrheitlich abgelehnt. Dietmar Berger begründete die Ablehnung unserer Fraktion: „Sicher wird es nie einen perfekten Termin für eine Gebührenerhöhung geben. Auch bei den Marktgebühren nicht. Dennoch, für 2022 die Gebühren in dieser Höhe neu festzulegen ist falsch und unangebracht. Gerade haben die Markthändler und die Schausteller sich von den Auswirkungen der Pandemie halbwegs erholt, sollen sie mit höheren Gebühren belastet werden. Nachdem sie große Verluste in den anderthalb Jahren zu verkraften hatten, muss man ihnen jetzt erst einmal etwas Luft verschaffen.“

Mit der neuen **Grünanlagensatzung** schlug die Verwaltung u. a. vor, dass das auf Spielplätzen geltende Rauch- und Alkoholverbot nun auf einen Radius von 30 m ausgeweitet werden soll. „Um jedem Missverständnis vorzubeugen: Nichts gegen den Schutz unserer Kinder, wann und wo immer es dessen bedarf! Was aber hier geschieht, ist verfassungsrechtlich einfach um Längen zu unbedarft.“ so Klaus Bartl, der unseren Änderungsantrag begründete, der diese Ausweitung über den Spielplatz hinaus zurücknehmen wollte. Der

Stadtrat lehnte zwar unseren Änderungsantrag ab, die neue Grünanlagensatzung in der Folge jedoch auch, so dass die aktuellen Regelungen weiter gelten.



Bild: Ringo Köhler Architektur & Design/Stadt Chemnitz

Der Stadtrat beschloss die Durchführung eines **Interessenbekundungsverfahrens für die Errichtung eines Roll- und Funssportzentrums**, eine aus mehrerer Sicht zukunftsweisende Einrichtung für unsere Stadt, auch wenn die vorgeschlagene Zeitschiene sehr ambitioniert erscheint. Dass die Stadt Chemnitz sich jedoch von jeglicher finanziellen Verantwortung für die Errichtung dieses nahezu einzigartigen Projektes freisprechen will, wollte unsere Fraktion nicht unwidersprochen beschließen lassen und beantragte die Ablehnung dieses Punktes. Heiko Schinkitz betonte in seinem Redebeitrag: „Wenn wir uns in diesem komplizierten Prozess, dessen Ergebnis noch nicht abzusehen ist, schon heute vom Plan B, den städtischen Investitionszuschüssen, für immer verabschieden, stellt das das ausdrückliche Wollen der Stadt für das Roll- und Funssportzentrum in Frage.“ Nach intensiver Diskussion beschloss der Stadtrat das weitere Verfahren und lehnte den Änderungsantrag unserer Fraktion ab. Über die Folgen hierdurch kann man aktuell nur spekulieren.



Mit einem gemeinsamen Antrag von vier demokratischen Fraktionen (einschließlich unserer), der vom Stadtrat mehrheitlich Zustimmung erhielt, wurden weitere Weichenstellungen auf dem Weg zur **Kulturhauptstadt**

Europas 2025 beschlossen, die vor allem den Strategieausschuss und damit die Mitwirkung durch Stadträtinnen und Stadträte stärken sollten. Klaus Bartl erklärte hierzu: „Die sachgerechte Umsetzung dieses Beschlusses dient der reibungslosen Gestaltung des Zusammenwirkens zwischen der GmbH und ihren Gremien, der Verwaltung und dem Stadtrat im weiteren Kulturhauptstadt-Europa-2025-Prozess. Mit gutem Willen von allen beteiligten Seiten ist das ohne Weiteres machbar und von großem Nutzen für die gute Sache.“ Dem Beschlussantrag voraus ging die Verkündung der Ernennung von Stefan Schmidtke als Geschäftsführer der Kulturhauptstadt Chemnitz

2025 GmbH durch die Stadtverwaltung gegenüber der Presse, noch bevor der zuständige Strategieausschuss Kulturhauptstadt informiert wurde. Dies wurde fraktionsübergreifend kritisiert, da es einem Affront gegenüber den ehrenamtlichen Stadträtinnen und Stadträten, insbesondere den Mitgliedern des Strategieausschusses, gleich kam. Die Kritik war jedoch keineswegs ein Vorbehalt gegenüber Stefan Schmidtke. Wir wünschen ihm bei der Bewältigung seiner verantwortungsvollen Aufgabe Erfolg und setzen uns gern dafür ein, dass ihn der Stadtrat auf seinem weiteren Weg konstruktiv begleitet.

Wir stehen hinter den Helfern der Aktion „Kältebus“

Zwischen Januar und April dieses Jahres war der Kältebus in den Abendstunden unterwegs um Obdachlosen Lebensmittel, warmen Tee und Kleidung zu bringen, die aufgrund ihres körperlichen oder geistigen Zustands oder aus anderen Gründen nicht selbst in der Lage sind, eine Not-schlafstelle aufzusuchen. Nun ist das

Hilfsprojekt nicht mehr ehrenamtlich zu stemmen.

Bereits im Januar hatten wir die Organisation des Kältebusses mit einer Spende unterstützt. Nun unterstützen wir die Akteur:innen in ihrem Ansinnen, städtische Unterstützung für den Erhalt des Projektes zu gewinnen. In einer Ratsanfrage haben wir

bei der Stadtverwaltung dahingehend nachgefragt. Wir hoffen, dass schnell eine Lösung gefunden werden kann, denn der Winter steht unmittelbar bevor.

Susanne Schaper

Bürger:innensprechstunden im November

Rathaus, Markt 1, Zimmer 112a

8. November, 14:00 – 15:00 Uhr, Susanne Schaper
15. November, 15:30 – 16:30 Uhr, Dr. Sandra Zabel

Bürgertreff Gl. 1, Oberfrohaer Str. 2

23. November, 17:00 – 18:00 Uhr, Hubert Gintschel

Rathaus Mittelbach, Hofer Str. 27

25. November, 16:00 – 18:00 Uhr, Hubert Gintschel

Termine für Sprechstunden mit allen Fraktionsmitgliedern können zudem per E-Mail oder telefonisch vereinbart werden.

Kontakt

Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/
Die PARTEI im Chemnitzer Stadtrat
Redaktion: Anja Schale, Geschäftsführerin

Markt 1, Zimmer 112 a
09111 Chemnitz

Telefon: 0371/488 13 20
E-Mail: linke.diepartei.fraktion@stadt-chemnitz.de

www.linksfraktion-chemnitz.de
facebook.de/FraktionDieLinkeChemnitz